

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 307/2017
Kiel, Donnerstag, 16. November
2017

Hochschulen /Bauingenieurwesen

Christopher Vogt: Bauingenieurstudiengang in Kiel – eine Investition in die Zukunft unseres Landes

In seiner Rede zu TOP 20 (Aufbau eines Studiengangs im Bereich Bauingenieurwesen) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wir debattieren in diesem Hohen Hause ja nun regelmäßig über den Zustand unserer Verkehrsinfrastruktur und die damit verbundenen Probleme. Da nun nicht mehr nur der Bund, sondern mittlerweile auch das Land erfreulicherweise deutlich mehr Geld für Investitionen in den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren wird, muss das Thema Planung endlich angepackt werden.

Da gibt es viele Stellschrauben, an denen wir drehen müssen, damit die Planungen bei den vielen anstehenden Erhaltungs- und Ausbauprojekten besser werden und eben auch schneller vorangetrieben werden. Da geht es um die Lebensqualität der Menschen in unserem Land und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Es ist also, so denke ich, wohl unstrittig, dass Schleswig-Holstein dafür auch mehr Bauingenieure braucht und deshalb in diesem Bereich mehr ausbilden muss. Besonders der nördliche Landesteil leidet zunehmend unter einem Mangel an Fachkräften in diesem Bereich.

Es geht hier übrigens bei weitem nicht nur um den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr, es geht um die Planungs- bzw. Baubehörden des Bundes und der Kommunen und es geht natürlich auch um das private Baugewerbe. In unserem Programm zur letzten Landtagswahl hatten wir deshalb bereits gefordert, das Studienangebot für Bauingenieure auszuweiten und dies am besten in Kiel als zusätzlichem Standort zu tun, weil es hier eben am schnellsten umzusetzen ist.

Die CDU hatte dies ebenfalls gefordert. Wenn ich richtig informiert bin, die ehemalige Hausspitze des Wirtschaftsministeriums auch, aber das Wirtschaftsministerium war in den letzten Jahren dagegen, weil das natürlich auch eine gewisse Summe kostet und unsere Hochschullandschaft ja nun auch weit davon entfernt ist, finanziell optimal ausgestattet zu sein.

Es wurde kritisiert, dass wir diesen Studiengang an der Fachhochschule in Kiel ansiedeln wollen. Die Fachhochschule Lübeck könne dies kostengünstiger erledigen und schneller organisieren, wurde argumentiert.

Zu den Kosten ist zu sagen: Auch in Kiel kann zumindest teilweise auf bestehende Strukturen aufgebaut werden. Die Ausgaben für den Aufbau des Studiengangs sind daher vergleichsweise überschaubar und stehen in einem guten Verhältnis zum Nutzen.

Der entscheidende Grund aber, warum wir uns hier für Kiel entscheiden, ist, dass die Fachhochschule einen starken regionalen Fokus hat. Sowohl bei den Studieninteressierten, die sie anlocken, als auch bei den Absolventen, die nach dem Studium auf den Arbeitsmarkt gehen. Und genau das ist der entscheidende Punkt.

Es geht also nicht darum, Lübeck oder der Fachhochschule Lübeck irgend etwas wegzunehmen. Ich komme aus der Region und schätze die Arbeit der Lübecker Fachhochschule sehr. Sie wird – wie die gesamte Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein – in den nächsten Jahren gestärkt werden.

Wir wollen mit dieser Initiative jedoch das Potenzial im Bereich Bauingenieurwesen insgesamt vergrößern und wir wollen es auch weiter nördlich tun. Die Schließung der Bauschule in Eckernförde haben wir immer kritisch gesehen. Dies kompensieren wir nun.

Wir sprechen hier von einem Bachelor-Studiengang, der zunächst 40, später dann rund 300 Studierenden offenstehen soll. In Lübeck sind es übrigens deutlich mehr. Das Duale, die enge Kooperation mit den künftigen Arbeitgebern, ist uns dabei wichtig. Diese starke Berufs- und Bedarfsorientierung lässt übrigens einen konsekutiven Masterstudiengang, wie ihn der SSW fordert, zumindest zunächst entbehrlich erscheinen. Die Kieler Studierenden sollen nach acht Semestern auch bauvorlagenberechtigt sein. Sollte es Kooperationsfelder zwischen Kiel und Lübeck geben, wovon ich ausgehe, sollen diese bitte genutzt werden. Denn nicht gegeneinander, sondern gemeinsam wollen wir hier etwas für Schleswig-Holstein erreichen. Ich bitte um Zustimmung in der Sache.“